

## **Thesen Arbeitskreis „Rüstungsforschung an Hochschulen“ Strategiekonferenz „Kooperation für den Frieden“ 12./13.2.2010 Heidelberg**

1. Ausweitung und Vertiefung von Rüstungsforschung an Hochschulen ist ein zentraler Bestandteil der neoliberal-konservativen Militarisierungspolitik, des Krieges nach Innen und Außen.
2. Das wichtigste Konzept dafür ist die Durchdringung von ziviler Forschung mit militärischen Zwecken »dual use« - nicht gerade neu, aber jetzt eingebettet in eine umfassende zivilmilitärische Strategie für alle Bereiche der Innen- und Außenpolitik.
3. Die Schlüsselrolle dieser zivilmilitärischen Strategie für den Mißbrauch der Studierenden und die Formierung künftiger Generationen von verantwortungslosem Führungspersonal im Zuge der sog. »Exzellenzinitiative«, der Schaffung von Elite-Universitäten und der Ökonomisierung der Hochschulen ist in großen Teilen der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung bisher nicht erkannt worden. Widerstand tut Not.
4. Die zuständigen Ministerien, zum Teil in Kooperation mit Führungspersonal in den Hochschulen, wenden zwecks Unterlaufung des Widerstands vorwiegend Methoden der Leugnung, Verdeckung und Verharmlosung von existierender rüstungsrelevanter Forschung und deren Verflechtungen mit Rüstungsindustrie und außeruniversitärer Rüstungsforschung an. Der erste wichtige Schritt ist deswegen Aufdeckung und Bewußtmachung. Dazu sollten an allen Hochschulorten Arbeitskreise gebildet, belebt und miteinander vernetzt werden.
5. Mittels Ökonomisierung der Bildung werden Freiheit und Selbstbestimmung der Universitäten untergraben. Die zunehmende Abhängigkeit von Drittmitteln begünstigt die Durchdringung der Hochschulen mit Militärforschung. Diese Abhängigkeit muss durch ausreichende Grundfinanzierung aufgehoben werden.
6. Zur Bewahrung der Hochschulfreiheit ist es wichtig, die Forderung nach Zivilklauseln (Verzicht auf Militärforschung) ebenso wie Forderung nach paritätischer Mitbestimmung in den Universitätsgremien und nach autonomen Organen der Studierenden zu erheben und die öffentliche Diskussion über Lehr- und Forschungsinhalte zu fördern.
7. Die zivilmilitärische Konzeption »vernetzte Sicherheit« bedeutet Kooperation der Bundeswehr mit zivilen Akteuren zwecks »Stabilisierung von Krisenregionen« und Aufbau von Herrschaftsstrukturen in sog. »zerfallenden« Staaten. Mit dieser »Governance«-Konzeption wird versucht, auch geistes- und sozialwissenschaftliche Bereiche von Hochschulen zum Komplizen von Kriegspolitik zu machen.
8. Die studentische Bildungsstreikbewegung bietet gute Perspektiven, Aufklärung über Zusammenhänge zu schaffen und Widerstand zu entwickeln. Hierbei hat die Zusammenarbeit von Studierenden, Friedensgruppen und Gewerkschaften eine große Bedeutung.
9. Aufklärung über die verheerenden Wirkungen der zivilmilitärischen Strategie greift ohne Aufklärung über die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wie etwa in den 1968er Jahren an den Universitäten geschehen, zu kurz.